

Rother Baron:  
**Der Große Vaterländische Blutrausch**  
*Die russische Gesellschaft unter Putin  
und die Gewaltexzesse in der Ukraine*

---



Die russischen Gewaltexzesse in der Ukraine sprengen alle Dimensionen. Wie ist ein solches ungehemmtes Ausleben von Gewalt zu erklären? – Eine Spurensuche in der russischen Geschichte und Gesellschaft.

# Inhalt

"Menschlichkeit": ein ambivalenter Begriff .....	3
Russische Inhumanität trotz humaner Kultur.....	4
Der Große Vaterländische Krieg als Basis nationaler Selbstüberhöhung.....	4
Mangelnde Vergangenheitsbewältigung .....	6
Ich töte, also bin ich: Der Mythos der russischen Stärke .....	7
Verstetigung staatlicher Willkürherrschaft .....	8
"Telefonrecht" statt unabhängiger Justiz.....	9
Gewalt in der Familie .....	10
Gewalt gegenüber Minderheiten .....	11
Militarisierung von Erziehung und Bildung .....	12
Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements .....	13
Gewaltsame Knebelung der Medien zur Durchsetzung der Gewalt .....	16
Ein zynisches Experiment .....	17
Nachweise .....	19

**Cover-Bild:** Pawel Karlowitsch Wenig: Müde! Der Tod, auf dem Schlachtfeld sitzend (1915); Abbildung auf einer Feldpostkarte aus dem Jahr 1916; Taganrog, Staatliches Museum für Literatur, Geschichte und Architektur (Wikimedia commons)

## **"Menschlichkeit": ein ambivalenter Begriff**

Immer neue Meldungen über russische Gewaltexzesse in der Ukraine werfen immer wieder die Frage auf: Wie ist das nur möglich? Wie können Menschen so vollständig ihre natürliche Hemmung, anderen Leid zuzufügen, verlieren? Wie kann Mitgefühl mit den Leidenden in eine so erbarmungslose, sadistische Vernichtungswut umschlagen?

Natürlich ist ein solcher Umschlag von Humanität in Barbarei nichts exklusiv Russisches. Ähnliche Entwicklungen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, und sie sind auch derzeit überall auf der Welt zu beobachten.

Das sadistische Quälen und wahllose Töten von Menschen, die nicht in das Raster der eigenen Weltanschauung passen oder schlicht andersartig sind, war nicht nur ein Kennzeichen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Auch bei den Völkermorden in Ruanda und Srebrenica, den immer wieder vorkommenden Lynchmorden an Muslimen in weiten Teilen Indiens, den von Saddam Hussein angeordneten Massenmorden an Schiiten und Kurden oder der US-amerikanischen Invasion des Iraks und der völkerrechtswidrigen Verschleppung von "feindlichen Kombattanten" in Lager wie Guantanamo ist "Humanität" neu definiert worden – im Sinne einer menschlichen Bestialität, die jederzeit und überall die Oberhand über die anderen, solidarischen Aspekte des Menschseins gewinnen kann.

Dies alles ändert aber nichts daran, dass es für den konkreten Ausbruch der menschlichen Bestialität jeweils ganz bestimmte Voraussetzungen gibt. Wenn auch die Art der Bestialität überall ähnlich ist, so sind doch die konkreten Rahmenbedingungen für

ihre Dominanz gegenüber anderen Aspekten des Menschseins von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort verschieden.

### **Russische Inhumanität trotz humaner Kultur**

Die Frage, die sich angesichts des brutalen russischen Vorgehens in der Ukraine stellt, ist also nicht: Neigt der russische Mensch an und für sich zu Brutalität? Eine solche Frage wäre rassistisch und würde mit ihrer Abwertung einer anderen Kultur selbst wieder künftigen volksverhetzenden Handlungen den Boden bereiten.

Stattdessen muss, gerade umgekehrt, gefragt werden: Wie ist es möglich, dass in einem Land mit einer so reichen Kultur und einer Literatur, in der ein so tief empfundenenes Mitgefühl mit anderen zum Ausdruck kommt, eine solche Welle der Unmenschlichkeit losgetreten wird? Welche konkreten Faktoren haben dazu beigetragen?

Natürlich kann diese Frage hier nicht erschöpfend beantwortet werden. Ein paar Ansatzpunkte lassen sich aber wohl doch benennen. In diesem Sinne sind die folgenden Überlegungen ein weiterer Versuch, das an sich unfassbare Grauen irgendwie einordnen zu können. Schließlich ist dies auch die einzige Möglichkeit, Wege für seine Überwindung aufzuzeigen.

### **Der Große Vaterländische Krieg als Basis nationaler Selbstüberhöhung**

Schon zu Sowjetzeiten war der Sieg über Nazi-Deutschland nicht einfach nur als Beleg für den russischen Behauptungswillen und als Sieg über den Faschismus gefeiert worden. Die Stilisierung der Schlachten zu einem "Großen Vaterländischen Krieg" überhöhte

den Erfolg vielmehr zu einer Bestätigung für die Überlegenheit des kommunistischen Systems gegenüber der konkurrierenden westlichen Ideologie.

Eben deshalb ging die Bedeutung der jeweils am 9. Mai abgehaltenen Feierlichkeiten zu Zeiten der Perestroika, als man sich in Russland an den Westen annäherte, zunächst zurück. Der Raubtierkapitalismus, in den diese Annäherung mündete, bewirkte dann jedoch ein umso stärkeres Rollback. Die demütigende Abwärtsspirale, in die das Land durch die negative wirtschaftliche Entwicklung geriet, und der Phantomschmerz der zerfallenen Sowjetunion sollten durch eine umso stärkere Betonung der ruhmreichen Vergangenheit kompensiert werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Tschetschenienkriege erhielt die Rückbesinnung dann eine zunehmend aggressive Komponente. Die Militärparade zum Tag des Sieges fungierte nun unverkennbar auch als Mahnung für echte oder vermeintliche Feinde des russischen Staates. Aus der Feier des Kampfesmuts in einem vergangenen Krieg wurde die Zurschaustellung des aktuellen Kampfeswillens und der Kampfkraft gegenüber potenziellen Gegnern.

Dem entspricht auch, dass das Gedenken an den Großen Vaterländischen Krieg nun nicht mehr nur auf einen einzigen Feiertag beschränkt, sondern gewissermaßen verstetigt wurde. Das beste Beispiel dafür ist der *Park Pobjedy* (Park des Sieges), in dem auf einer 140 Hektar großen Fläche nahe Moskau die Taten der ruhmreichen russischen Armee gefeiert werden.

Dabei geht es keineswegs ausschließlich um die Verteidigung des Vaterlandes gegen Nazi-Deutschland. In einer monumentalen "Halle der Erinnerung" erhält das Gedenken zudem einen deutlich religiös eingefärbten Charakter, indem etwa die "Mutter

Heimat" als um die gefallenen Kinder trauernde Pietà dargestellt wird **(1)**.

Eine solche religiöse Überhöhung des Militärs immunisiert dieses gegen jede Form von Kritik. Auf einer Linie hiermit liegt es, dass Putin sich vom Beginn seiner Herrschaft an des Segens der Kirche für seine militaristische und imperialistische Politik versichert hat **(2)**.

### **Mangelnde Vergangenheitsbewältigung**

Auf dem Höhepunkt der Perestroika gründete sich Ende der 1980er Jahre die Menschenrechtsorganisation *Memorial*. Ihr zentrales Anliegen – die Verbrechen des Stalinismus aufzuarbeiten, aber auch aktuelle Menschenrechtsverstöße zu untersuchen und zu thematisieren – fand damals auch in Russland breite Unterstützung. Ein Element der Neubesinnung, die mit der Perestroika einherging, war es ja gerade, auch einen unverstellten Blick auf die eigene Geschichte und Kultur zu wagen.

Unter der Herrschaft Wladimir Putins ist *Memorial* sukzessive in Misskredit gebracht worden. Höhepunkt war Ende 2021 das vom Obersten Gericht Russlands verfügte Verbot der Organisation. Formal wurde ihr vorgeworfen, nicht deutlich genug auf den Bezug von Spenden aus dem Ausland hingewiesen zu haben – was seit 2012 mit dem diskriminierenden Stempel "ausländischer Agent" einhergeht (s.u.).

Den wahren Grund für die höchstrichterlich verfügte Auflösung der Organisation lieferte allerdings einer der bei der Verhandlung anwesenden Staatsanwälte mit der rhetorischen Frage: "Warum sollen wir, die Nachfahren der Sieger, jetzt Reue zeigen, anstatt

stolz auf unser Land zu sein, das den Faschismus besiegt hat?"  
**(3).**

Diese Äußerung ist in ihrer Offenheit entlarvend. Sie zeigt, dass aus der Feier des einen Sieges (über Nazi-Deutschland) ein allgemeiner Siegermythos abgeleitet worden ist, der staatliches und insbesondere militärisch-politisches Handeln russischer Amtsträger grundsätzlich mit einem Persilschein ausstattet. Anstatt den moralischen Sieg als Resultat einer moralisch legitimen Handlung anzusehen, wird umgekehrt die Handlung damit legitimiert, dass sie von einem von Natur aus sieghaften Charakter ausgeführt wird.

### **Ich töte, also bin ich: Der Mythos der russischen Stärke**

Erschwerend kommt hinzu, dass die Sieghaftigkeit der Handelnden hier mit der Anwendung von Gewalt assoziiert ist. Die moralische Überlegenheit wird damit unmittelbar aus der Position der Stärke abgeleitet, aus der heraus gehandelt wird. Die Gründung des nationalen Selbstverständnisses auf die Verteidigungsbereitschaft der russischen Armee im Zweiten Weltkrieg führt damit in letzter Konsequenz zu einem Überlegenheitsmythos, der jede Gewaltanwendung gegenüber anderen als Teil eines Heiligen Kreuzzugs des russischen Volks gegen seine Gegner legitimiert.

Als Führer des Volkes im glorreich bestandenen Großen Vaterländischen Krieg erscheint auch Stalin aus dieser Sicht als Held der Geschichte. Die sakrale Überhöhung des Krieges färbt auch auf ihn ab. Auf diese Weise werden die Millionen von Toten, die den Stalinschen "Säuberungen" in den 1930er Jahren zum Opfer gefallen sind, zu einer Fußnote der Geschichte. In den Zusammenhang mit dem Großen Vaterländischen Krieg gestellt, er-

scheinen die Morde sogar als gerechtfertigt, da das Volk auf diese Weise von unsicheren Elementen befreit worden sei.

Dabei ging es bei den "Säuberungen" noch nicht einmal nur um die Beseitigung politischer Gegner. Insbesondere zur Zeit des "Großen Terrors" Ende der 1930er Jahre hatten sich die Verfolgungen durch Denunziationen und haltlose Verdächtigungen zu einer regelrechten Paranoia gesteigert, der täglich 1000 Menschen zum Opfer fielen. Sie wurden hingerichtet, in Gulags zu Tode gequält oder starben auf dem Weg in die oft in den fernöstlichen Teilen des Landes gelegenen Lager an Erschöpfung **(4)**.

### **Verstetigung staatlicher Willkürherrschaft**

Anstatt sich mit den Verbrechen des Stalinismus auseinanderzusetzen, ist von Seiten des Kremls eine Stalin-Renaissance gefördert worden. Dadurch erscheinen auch die Methoden, derer sich der Diktator zur Absicherung seiner Herrschaft bedient hat, in einem milderen Licht.

Dies hat etwa dazu beigetragen, dass russische Straflager bis heute mit unveränderter Brutalität weiterbetrieben werden **(5)**. Die menschenverachtende Haltung, die in ihnen vorgelebt wird, mag es erleichtert haben, auch im jetzigen Krieg gegen die Ukraine alle Gebote der Menschlichkeit über Bord zu werfen.

Eine sowjetisch-russische Kontinuität in der staatlichen Willkürherrschaft ist indessen nicht nur im russischen Strafvollzug zu beobachten. Sie betrifft vielmehr ganz allgemein den Umgang des Staates mit in Russland lebenden Menschen. So hat die Rechtsanwältin Tatjana Prilipko das Leben in Russland schon 2014 in Analogie zum Alltag im Krieg gesetzt. Alle Menschen stünden in der Gefahr, dass ihre "grundlegendsten Rechte" – bis hin zum



"Recht auf Leben und darauf, nicht gefoltert zu werden" – missachtet würden: "Es ist wie unter Beschuss, vielleicht trifft es dich, vielleicht nicht" (6).

Am unmittelbarsten lässt sich dieser "Beschuss" erleben, wenn man etwa bei Demonstrationen ganz konkret mit der Staatsgewalt – im buchstäblichen Sinn – Bekanntschaft macht. Insbesondere die unmittelbar dem Innenministerium unterstellte Spezialeinheit OMON ist für ihr rücksichtsloses Vorgehen berüchtigt (7). Sie hat damit aber auch eine für andere Polizeieinheiten gültige Verhaltensnorm etabliert, die von der Gewissheit getragen ist, für besondere Brutalität eher belobigt als zur Rechenschaft gezogen zu werden.

### **"Telefonrecht" statt unabhängiger Justiz**

Daneben gibt es jedoch auch den indirekten "Beschuss", bei dem Menschen für regimekritisches Verhalten ins Visier der Behörden geraten. Auch hier gibt es eine ungebrochene Kontinuität zum sowjetischen System. Kleinste Verdachtsmomente reichen aus, um angeklagt zu werden. Dabei muss sich die Anklage noch nicht einmal direkt auf die oppositionelle Aktivität selbst beziehen. Der Paragraphendschwanz für normgerechtes Verhalten (s.u.) ist mittlerweile so unüberschaubar, dass jedem jederzeit irgendein Verstoß vorgeworfen werden kann.

Kommt es aber erst einmal zur Anklage, so ist es in Russland praktisch ausgeschlossen, unbeschadet aus den Fängen der Justiz herauszukommen. Das ebenfalls schon aus der Sowjetunion bekannte "Telefonrecht" hat zur Folge, dass die Gerichte nur Befehlsempfänger und Verlautbarungsorgane für andernorts beschlossene Urteile sind.

Konkret führt dies dazu, dass die Freispruchrate in Russland heute sogar noch niedriger ist als zur Zeit der Sowjetunion. Selbst während der Stalinschen Säuberungen endete Mitte der 1930er Jahre immerhin noch jedes siebte Verfahren mit einem Freispruch. Bereits 2013 wurde dagegen nur noch einer von 200 Angeklagten freigesprochen **(8)**. Angesichts der seitdem noch verstärkten Repression dürfte die Freispruchrate die rekordverdächtige Marke von 0,5 Prozent heute eher noch weiter unterschreiten.

## Gewalt in der Familie

Im November 2016 rief im Gebiet Orjol (350 Kilometer südwestlich von Moskau) eine junge Frau bei der Polizei an und bat um Schutz vor ihrem gewalttätigen Gatten. Antwort des diensthabenden Polizisten: "Wenn man Sie umbringt, kommen wir natürlich und nehmen Ihre Leiche zu Protokoll, keine Sorge!" Kurz darauf war die Frau tot **(9)**.

Die Episode wirft ein bezeichnendes Licht auf die achselzuckende Hinnahme häuslicher Gewalt in Russland. Kurz nach dem Vorfall in Orjol verabschiedete das russische Parlament ein Gesetz, das die Strafen für häusliche Gewalt nicht etwa verschärft, sondern deutlich herabsetzt. Die Höchststrafe für entsprechende Taten wurde von zwei Jahren auf drei Monate herabgesetzt, einmalige Gewaltanwendung gilt seitdem als nicht strafwürdiges Kavaliersdelikt.

Das Gesetz suggeriert somit, dass häusliche Gewalt ein zu vernachlässigendes Problem sei. Die wenigen verlässlichen Statistiken legen allerdings das Gegenteil nahe. 20 Prozent der Frauen

berichten von Gewalterfahrungen, 5 Prozent von Vergewaltigung durch den Partner **(10)**.

Die Dunkelziffer dürfte allerdings deutlich höher liegen. Viele Frauen scheuen sich, körperliche Übergriffe anzuzeigen. Der Grund mögen schlechte Erfahrungen mit der Polizei sein, aber auch die Einsicht in die weit verbreitete Akzeptanz gegenüber der Anwendung häuslicher Gewalt – die außer den Frauen natürlich auch die Kinder betrifft. So verteidigt die russisch-orthodoxe Kirche die körperliche Züchtigung ausdrücklich als schützenswerten "traditionellen Wert" **(11)**.

### **Gewalt gegenüber Minderheiten**

Gewalterfahrungen prägen aber nicht nur den Alltag zahlreicher russischer Familien. Auch viele Minderheiten sind von gewalttätigen Übergriffen betroffen. In besonderem Maße gilt das für Homosexuelle und für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere aus kaukasischen Herkunftsgebieten.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über "homosexuelle Propaganda" im Jahr 2013 ist Homosexualität aus dem öffentlichen Raum verbannt. Wer eine entsprechende Neigung zu erkennen gibt, läuft Gefahr, regelrechten Hetzjagden ausgesetzt zu sein – die von der Polizei zumeist stillschweigend geduldet werden **(12)**. Fremdenfeindliche Übergriffe waren in der Vergangenheit insbesondere in Moskau immer wieder an der Tagesordnung. Seit den Tschetschenienkriegen sind Menschen aus dem Kaukasus in vielen Teilen Russlands ein mit rassistischen Klischees befrachtetes Feindbild.

Auch in diesem Fall spielt die russisch-orthodoxe Kirche eine unrühmliche Rolle. Als es 2013 nach einer Messerattacke eines

vermeintlich nicht aus Russland stammenden Mannes auf einen jungen Russen zu lynchjustizartigen Übergriffen auf Menschen aus dem Kaukasus kam, heizte ein hochrangiges Kirchenmitglied die Stimmung zusätzlich mit den Worten an: "Das Blut des Ermordeten schreit zum Himmel" **(13)**.

## Militarisierung von Erziehung und Bildung

Der bedenkenlose Einsatz von Gewalt in Familien und im Umgang mit Minderheiten ist zum einen die unmittelbare Folge einer Gesetzgebung und Strafverfolgungspraxis, die diese Gewaltanwendung offen toleriert. Daneben kann hierin jedoch auch ein Abfärben der hohen Gewaltbereitschaft staatlicher Sicherheitskräfte auf den Alltag der Bevölkerung gesehen werden.

Allerdings sickert die Gewalt in Russland keineswegs nur als Nebenprodukt staatlicher Willkür und polizeilicher Übergriffe in den Alltag der Menschen ein. Vielmehr wird die Anwendung von Gewalt auch durch eine umfassende Militarisierung von Erziehung und Schulbildung begünstigt.

Bereits Kleinkinder können in speziellen Abenteuercamps eine Art militärischen Vorbereitungskurs durchlaufen. Im "Kurs des kleinen Kämpfers" robben sie durchs Unterholz, erkunden Schützengräben und üben sich im Granatenwerfen **(14)**.

Militaristische Elemente finden sich auch in der Schulbildung. Am deutlichsten ausgeprägt sind sie im Fach "Grundlagen sicheren Lebens". Es dient zwar vordergründig der Einübung von Reaktionen im Not- oder Katastrophenfall, knüpft dabei jedoch nahtlos an die alte Wehrkunde an. So zählen zu den Themenschwerpunkten des Fachs ausdrücklich auch die "Grundlagen des Militärdienstes" **(15)**.

Zusätzlich gibt es seit 2016 eine Jugendarmee, die zwei Jahre nach ihrer Gründung bereits über 200.000 Mitglieder zählte. Die Teilnahme scheint zwar nicht immer ganz freiwillig zu sein, sondern oft auf Druck von Schule und Elternhaus zu erfolgen. Dennoch wird auch hier versucht, dem Militär durch die Verbindung von Wehrsportübungen mit Freizeitcamps einen Event-Charakter zu verleihen und es so für Jugendliche attraktiv zu machen **(16)**. Derzeit gibt es zudem Pläne, die Bewegung der sowjetischen Pioniere – 100 Jahre nach ihrer Gründung am 19. Mai 1922 – wiederzubeleben.

Die massive Einstimmung der Heranwachsenden auf den Dienst in der Armee kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundausbildung im Rahmen der zwölfmonatigen Wehrpflicht recht wenig mit einem Freizeitcamp zu tun hat. Statt einem großen Abenteuer lauert hier oft der Tod. So wurden – wie schon in den Tschetschenienkriegen – offenbar auch beim Überfall auf die Ukraine wieder Wehrpflichtige an die Front geschickt, obwohl dies mittlerweile gesetzlich verboten ist **(17)**.

### **Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements**

Es ist keineswegs so, dass die immer stärkere Verpflichtung der Gesellschaft auf die Logik der Gewalt von allen Menschen in Russland widerspruchslos hingenommen wird. Die Möglichkeiten, die Kritik an der staatlich geförderten Gewalt und Gewaltbereitschaft zu äußern, sind jedoch in den vergangenen Jahren immer weiter beschnitten worden.

Mit immer neuen Gesetzen sind die Freiheitsrechte der Menschen auf teilweise absurde Weise eingeschränkt worden. Ein kleiner Auszug aus dem Waffenarsenal der Macht:

- Das **Gesetz über "ausländische Agenten"** wurde 2012 – in dem Jahr, in dem Wladimir Putin sich nach Dmitri Medwedew's Interregnum erneut zum Präsidenten küren ließ – verabschiedet. Danach müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen als "ausländische Agenten" registrieren lassen, wenn sie für ihre Arbeit Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Das Gesetz hat eine umfassende Knebelungswirkung. Wer dem von den Staatsmedien verbreiteten Hochglanzbild des Putin-Staates widerspricht, muss sich als "ausländischer Agent" brandmarken lassen. Das Stigma knüpft an die Anti-sabotagepropaganda der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs an (**18**), so dass sein diffamierender Einfluss sich auf einer emotional-patriotischen Ebene entfaltet. Die Glaubwürdigkeit der betreffenden Organisationen ist dadurch selbst dann beschädigt, wenn sie ihre Arbeit allen Widerständen zum Trotz fortsetzen können.
- Parallel zu dem Agentengesetz wurde auch der **Verleumdungsparagraph** verschärft. Mit ihm kann seitdem praktisch jede Kritik an staatlichen Stellen als strafwürdige Handlung hingestellt werden. Gleichzeitig wurden die dafür vorgesehenen Geldstrafen empfindlich erhöht – von 3.000 auf 500.000 Rubel (damals 12.500 Euro; **19**).
- Das **Versammlungsrecht** ist mittlerweile so stark eingeschränkt worden, dass an öffentlichen Plätzen praktisch keine Kundgebungen mehr möglich sind. Selbst bei Protesten von Einzelpersonen ist ein Mindestabstand zueinander von 50 Metern vorgeschrieben.

Schon das Weiterreichen eines Protestplakats im Rahmen einer Staffelübergabe kann als Verstoß gegen das Versammlungsrecht gewertet und mit empfindlichen Geldstrafen geahndet werden. Außerdem werden Demonstrierende immer wieder von Provokateuren attackiert – und für diese Erregung öffentlichen Ärgernisses dann ihrerseits von der Polizei zur Rechenschaft gezogen **(20)**.

- Im Zuge des Krieges gegen die Ukraine ist das freie Internet in Russland faktisch endgültig abgeschafft worden. Schon zuvor hatten **Gesetze zur Meinungsäußerung im Internet** das Recht auf freie Rede jedoch bereits stark eingeschränkt. So öffneten schon 2019 Gesetze, die die Verbreitung von angeblichen Falschnachrichten und den Staat verunglimpfenden Äußerungen unter Strafe stellten, der Zensur Tür und Tor **(21)**.  
Im Rahmen des Kriegs gegen die Ukraine ist zudem das Fake-News-Gesetz noch einmal verschärft worden. Es verpflichtet nun praktisch alle, die Sichtweise und Sprachregelung des Kremls in Bezug auf den Krieg – der bekanntlich noch nicht einmal als solcher bezeichnet werden darf – zu übernehmen **(22)**.
- Ein seit 2013 existierendes **Anti-Extremismus-Gesetz** ist im Lauf der Zeit immer stärker in eine allgemeine Waffe gegen die Opposition umgewandelt worden. Zuletzt wurde mit dem Vorwurf extremistischer Aktivität das Verbot der Organisation von Alexej Nawalny begründet **(23)**.

## Gewaltsame Knebelung der Medien zur Durchsetzung der Gewalt

Als am 7. Oktober 2006 die Journalistin Anna Politkowskaja im Aufzug ihres Wohnhauses in Moskau erschossen wurde, löste das weltweit Entsetzen aus. Damals lag noch immer Honeymoon-Stimmung in der Luft, Putin wurde von manchen noch als "lupenreiner Demokrat" bezeichnet, und es gab noch den Gedanken einer "Sicherheitspartnerschaft" mit Russland. Eine direkte Beteiligung des Kremls an der Tat hielten daher viele im Westen für ausgeschlossen.

Im Rückblick wird klar: Dieser Mord war nicht etwa – wie damals vom Kreml kolportiert wurde – das Werk finsterer tschetschenischer Warlords, die sich an den Arbeiten der Journalistin zu Kriegsverbrechen in Tschetschenien gestört hatten. Die Tötung von Politkowskaja, die auch zu Korruption im Staatsapparat, insbesondere im Verteidigungsministerium, recherchiert hatte, war vielmehr nur ein Baustein im Rahmen der von Putin und seinen Getreuen systematisch betriebenen Zerstörung einer unabhängigen Medienlandschaft.

Allein bei der *Nowaja Gazeta* (Neue Zeitung), für die Politkowskaja arbeitete, wurden während Putins erster Präsidentschaft noch vier weitere Journalisten ermordet. Die Gesamtzahl der seit seinem Amtsantritt getöteten Medienschaffenden beläuft sich laut *Reporter ohne Grenzen* auf mindestens 37. In der Rangliste der Pressefreiheit listet die Organisation das Land mittlerweile nur noch auf Platz 155 (von 180; **24**).

Morde an Personen, die für einen kritischen Journalismus stehen, waren in den vergangenen Jahren allerdings nur ein Mittel unter vielen, um eine sukzessive Gleichschaltung der russischen Me-



dien durchzusetzen. Hinzu kamen Übernahmen durch staatsnahe Konzerne (wie im Fall des Fernsehsenders NTW; **25**) oder Unternehmer (wie im Fall der Zeitung Wjedomosti; **26**), außerdem ökonomische Druckmittel, wie etwa Verfahren wegen angeblicher Steuervergehen oder das Abschneiden von Werbeeinnahmen durch entsprechenden Druck auf die Anzeigen schaltenden Unternehmen.

Die offene Gewaltanwendung blieb allerdings immer dann eine Option, wenn regimekritische Recherchen und Äußerungen anders nicht aus der Welt geschafft werden konnten. Mit Hilfe von Gesetzen, durch die sich jede Kritik als Staatsverrat diskreditieren lässt, und einer willfährigen Justiz konnten und können Oppositionelle leicht in Straflager abgeschoben und dort psychisch oder physisch gebrochen werden.

Trotz des immer stärker gewordenen Drucks haben bis zuletzt einige oppositionelle Medien ihren Betrieb aufrechterhalten können. Der Krieg gegen die Ukraine hat nun aber auch die letzten kritischen Stimmen zum Schweigen gebracht. Dem Radiosender *Echo Moskwy* (Echo Moskaus) und dem Internetsender *Dozhd'* (Regen) sind die Sendelizenzen entzogen worden (**27**). Die Zeitung *Nowaja Gazjeta* hat angesichts des Verbots, offen über den Krieg zu berichten, und entsprechender Drohungen gegen die Redaktion das Erscheinen bis auf weiteres eingestellt.

### Ein zynisches Experiment

Vielleicht könnte man die vergangenen zwei Jahrzehnte in Russland als eine Art zynisches Experiment beschreiben. Ein Experiment, wie es sich nur der Geheimdienst ausdenken kann, aus dessen Inner Circle Wladimir Putin bekanntlich kommt.

Ein Experiment mit der Fragestellung: Was passiert, wenn über Jahre hinweg einseitig das Schlechte im Menschen gefördert wird – Gewaltbereitschaft, Denunziation, Intoleranz, Neid, Habsucht? Ein Experiment, das sich streng an die Vorgaben für objektives wissenschaftliches Vorgehen hält und folglich die Versuchsbedingungen konstant zu halten versucht. Ein Experiment, das also konsequent alle Tendenzen ausschaltet, die der einseitigen Förderung menschlicher Niedertracht im Wege stehen; das jede Kritik an dem Experiment unterbindet, ja bereits der Entfaltung kritischen Denkens den Boden entzieht.

Natürlich hat es ein solches Experiment nie gegeben. Der Führungsclique im Kreml geht es allein um persönliche Macht und Bereicherung, um die Absicherung ihrer eigenen Herrschaft, die sie zu einer Gewähr für nationale Größe aufpumpt. Dennoch ist die Wirkung ihres Handelns so, als hätte es dieses zynische Experiment gegeben.

Die Ergebnisse treten nun, beim Krieg gegen die Ukraine, auf erschreckende Weise zutage. Die russische Armee bietet das Bild einer völlig enthemmten, wahllos mordenden Soldateska, die auch noch die letzten Reste von Humanität hinter sich lässt.

So ist das Morden in der Ukraine der beste Beweis für etwas, das in kremlnahen intellektuellen Kreisen um Alexander Dugin hartnäckig geleugnet wird **(28)**: dafür, dass ein friedliches Zusammenleben von Menschen ohne ein Minimum an für alle geltenden universellen Werten nicht möglich ist.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf freie Meinungsäußerung sind eben keine Ideen des dekadenten Westens. Sie sind vielmehr unverzichtbare Voraussetzungen für den Schutz des individuellen Lebens und das Überleben der menschlichen Kultur und Zivilisation.

## Nachweise

- (1) Karl, Lars: ["Den Verteidigern der russischen Erde ..."](#). Poklonnaja Gora: Erinnerungskultur im postkommunistischen Russland. In: Zeitgeschichte Online, 1. Mai 2005.
- (2) Stricker, Gerd: [Die Russische Orthodoxe Kirche und Präsident Putin: "Gute Früchte der Zusammenarbeit"](#). In: Herder Korrespondenz 2005, Heft 8.
- (3) Zit. nach Trudoljubow, Maxim: [Die Rache der verdrängten Geschichte](#). Russisches Original am 24. März 2022 auf *Meduza* erschienen; deutsche Übersetzung (von Ruth Altenhofer und Jennie Seitz) am 30. März auf *Dekoder*.
- (4) Vgl. Stadelmann, Matthias: [GULag – stalinistischer Strafvollzug in der Sowjetunion](#). In: Ost-West. Europäische Perspektiven (OWEP) 15 (2014), H. 2.
- (5) Vgl. Tkatschew, Dmitri: ["Ich soll dich mit allen Mitteln brechen"](#). Auszüge eines 60-seitigen Berichts, den Iwan Fomin über seine Zeit in einer Strafkolonie im Gebiet Wladimir (200 Kilometer östliche von Moskau) geschrieben hat; russisches Original am 2. März 2021 in *Mediazona* erschienen; deutsche Übersetzung (von Jennie Seitz) am 18.03.21 in *Dekoder*.
- (6) Zit. nach Schumatsky, Boris: [Verfall des russischen Rechtsstaats](#). Deutschlandfunk, 4. September 2014.
- (7) Die 20.000 Mann starke OMON-Truppe ist das Kernstück der 2016 ins Leben gerufenen Russischen Nationalgarde, die als militärische Machtbasis des Präsidialapparates gilt; vgl. hierzu den Dokumentarfilm von Christoph Wanner: [Putins Männer fürs Grobe. Spezialeinheiten in Russland](#). ZDF, 19. August 2020; abrufbar bis April 2024.
- (8) Vgl. Schumatsky (s. 6).

- (9) Zit. nach Borussjak, Ljubow: [Schläge als Privatsache?](#) Russisches Original in *Republic.ru* am 17. Januar 2017; Übersetzung (von Jennie Seitz) auf *Dekoder* am 24.01.17.
- (10) Vgl. ebd.
- (11) Vgl. ebd.
- (12) Vgl. Human Rights Watch: [Russia: Impunity for Anti-LGBT Violence](#). Discriminatory "Propaganda" Law Fuels Attacks. 15. Dezember 2014.
- (13) Vgl. Bidder, Benjamin: [Fremdenhass in Moskau: "Lasst uns die Messer wetzen"](#). *Der Spiegel*, 14. Oktober 2013.
- (14) Vgl. Dornblüth, Gesine: [Militarismus in Russland: Zweijährige Rotarmisten und tanzende Panzer](#). Deutschlandfunk, 9. August 2015.
- (15) Vgl. Wikipedia.ru: [Основы безопасности жизнедеятельности](#) (ОБЖ) [Eintrag zum Fach "Grundlagen sicheren Lebens"]
- (16) Vgl. Grieß, Thilko: [Russische Jugendarmee: Wehrerziehung, Patriotismus und Instagram](#). Deutschlandfunk, 26. Februar 2018.
- (17) Vgl. Schulz, Sven Christian: ["Mama, ich liebe dich": Wie Putin junge Russen an der Front verheizt](#). Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), 3. März 2022.
- (18) Vgl. Skibo, Dari: [Analyse: "Ausländischer Agent"](#). Russland-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, 25. Oktober 2016.
- (19) Vgl. Zeit Online: [Umstrittene Gesetze erhöhen Druck auf russische Opposition](#); dpa-Meldung vom 13. Juli 2012.
- (20) Vgl. Dornblüth, Gesine: [Versammlungsfreiheit in Russland: Die Menschen sollen abgeschreckt werden](#). Deutschlandfunk, 5. Juni 2014; Amnesty International: [Russland: Recht auf Ver-](#)

- [sammlungsfreiheit völlig ausgehöhlt](#) – Friedliche Proteste unerwünscht; 12. August 2021.
- (21) Vgl. Bigalke, Silke: [Internetfreiheit: Russlands plumpe Zensurversuche](#). Süddeutsche Zeitung, 11. März 2019.
- (22) Vgl. *Der Spiegel*: [Putin unterschreibt weiteres Gesetz gegen "Falschnachrichten"](#); 26. März 2022.
- (23) Vgl. Goncharenko, Roman: [Nawalnys Netzwerk ist zerschlagen](#). Deutsche Welle, 9. Juni 2021.
- (24) Vgl. Reporter ohne Grenzen: [Russland](#).
- (25) Vgl. Krushcheva, Daria: [Medien in Russland. Von Unabhängigkeit zur Kontrolle](#). Zeitgeschichte Online, 29. März 2022.
- (26) Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: [Presse- und Meinungsfreiheit in Russland](#). Infoportal östliches Europa, Frühjahr 2022.
- (27) Zeit Online: [Mehrere Redakteure verlassen nach Drohungen Russland](#); dpa-Meldung vom 2. März 2022.
- (28) Sowohl für das Denken als auch für die Haltung Alexander Dugins gegenüber dem Westen bezeichnend ist ein Interview, das er vor ein paar Jahren dem *Spiegel* gegeben hat: ["Jeder Westler ist ein Rassist"](#). Gespräch Alexander Dugins mit Christian Neef. *Der Spiegel* 29/2014, S. 120 – 125; zu der Kritik an der Idee universeller Werte vgl. insbesondere S. 122.